

Die kommunalen Finanzen im Rechnungsjahr 1957

Die kommunalen Gebietskörperschaften mußten seit der Geldneuordnung im Jahr 1948 von Jahr zu Jahr immer mehr Mittel bereitstellen, um die Aufgaben, die sie nach der baden-württembergischen Gemeindeordnung zu erfüllen haben, bewältigen zu können. Insbesondere war es die ständig wachsende Zunahme der Bevölkerung, die die Gemeinden und Gemeindeverbände, wie die nachstehende Übersicht zeigt, zu immer größeren Aufwendungen gezwungen hat.

Bruttoausgaben in den Rechnungsjahren (Mill. DM)

1951	1952	1953	1954	1955	1956	1957
1 357,9	1 628,1	1 829,5	2 063,0	2 433,4	2 668,5	2 847,5
je Einwohner in DM						
209,91	248,13	271,92	300,16	346,56	374,10	393,28

Das Haushaltsvolumen der kommunalen Gebietskörperschaften in Baden-Württemberg hat sich seit dem Rechnungsjahr 1951 mehr als verdoppelt; jedoch ist die jährliche Zuwachsrate seit 1955, der höchsten seit der Währungsumstellung (370,4 Mill. DM = + 17,9 vH), sowohl absolut als auch relativ zurückgegangen; sie betrug im Rechnungsjahr 1956 235,1 Mill. DM (+ 9,7 vH) und im Rechnungsjahr 1957 179 Mill. DM (+ 6,7 vH). An der letztgenannten Zunahme sind vor allem die Stadtkreise mit 103,8 Mill. DM (+ 11,9 vH) beteiligt. Auch bei der Summe der kreisangehörigen Gemeinden ist noch eine Steigerung festzustellen, und zwar um 79,4 Mill. DM (+ 6,1 vH), während die Ausgaben der Landkreise um 13,9 Mill. DM (- 3,1 vH) zurückgegangen sind. Die Ursache hierfür liegt hauptsächlich an den rückläufigen Zahlungen für Kriegsgefangenenentschädigungen, wofür die Landkreise im Rechnungsjahr 1957 nur noch 27,3 Mill. DM gegenüber 66,1 Mill. DM im Vorjahr ausgegeben haben.

Persönliche Ausgaben

Eine finanziell sehr stark ins Gewicht fallende Ausgabenposition ist der Personalaufwand. Mit einem Betrag von 636 Mill. DM ist er 1957 um 61,5 Mill. DM (+ 10,7 vH) höher als im Rechnungsjahr 1956 und nimmt damit etwas mehr als ein Fünftel (22,3 vH) der gesamten kommunalen Haushalte ein. Dieser Anteil ist gegenüber dem Vorjahr (21,5 vH) etwas gestiegen, was damit zu erklären ist, daß sich die persönlichen Ausgaben stärker erhöht haben (+ 10,7 vH) als die Bruttoausgaben (+ 6,7 vH). Der Personalaufwand der Gemeinden und Gemeindeverbände hat vom Rechnungsjahr 1950 bis 1957 wie folgt (in Mill. DM) zugenommen:

1950	1951	1952	1953	1954	1955	1956	1957
300,7	341,8	387,8	442,0	473,4	512,3	574,5	636,0

Die persönlichen Ausgaben sind seit dem Rechnungsjahr 1950 auf mehr als das Doppelte gestiegen. Die starke Zunahme im Rechnungsjahr 1957 rührt vor allem davon her, daß in diesem Jahr das neue Landesbesoldungsgesetz, das auch auf die kommunalen Gebietskörperschaften ausgedehnt wurde, sich ausgewirkt hat. Außerdem sind im Laufe des Berichtsjahres auch tarifliche Verbesserungen für die Angestellten und Arbeiter vorgenommen worden. Daneben werden zu dieser Erhöhung auch Personalvermehrungen beigetragen haben, die durch die Ausweitung bestehender oder die Übernahme neuer Aufgabengebiete erforderlich waren. Von den 636 Mill. DM entfallen 396 Mill. DM auf Beamtengehälter und Angestelltenvergütungen, 155,1 Mill. DM auf Arbeiterlöhne und 59,5 Mill. DM auf Versorgungsbezüge, der Rest von 25,4 Mill. DM auf die sonstigen persönlichen Ausgaben.

Bei einer Aufgliederung der Personalausgaben nach Verwaltungszweigen ergibt sich, daß die höchsten persönlichen

Ausgaben beim Einzelplan 0 (allgemeine Verwaltung) anfallen; sie belaufen sich auf 131,3 Mill. DM. Danach folgen der Ausgabenhöhe nach das Gesundheitswesen mit 107,6 Mill. DM, wovon allein auf die Krankenhäuser 94,4 Mill. DM entfallen, sowie die Einzelpläne 6 (Bau- und Wohnungswesen) mit 92 Mill. DM und 7 (öffentliche Einrichtungen) mit 89,9 Mill. DM.

Setzt man den gesamten Personalaufwand zu den allgemeinen Deckungsmitteln und zu den Steuereinnahmen ins Verhältnis, dann ergibt sich folgendes Bild:

Rechnungsjahr	Persönliche Ausgaben	Allgemeine Deckungsm.	dar. Steuereinnahmen	Spalte 1 in vH der	
	Mill. DM			Spalte 2	Spalte 3
	1	2	3	4	5
1956	574,5	1 449,0	911,8	39,6	63,0
1957	636,0	1 601,5	1 015,8	39,7	62,6

Danach werden zwei Fünftel der gesamten allgemeinen Deckungsmittel, aus denen die persönlichen Ausgaben gedeckt werden, durch diese aufgezehrt. Auf die Steuereinnahmen allein bezogen, ergibt sich, daß für den persönlichen Aufwand fast zwei Drittel des Steueraufkommens in Anspruch genommen werden.

Bauinvestitionen

Die wichtigste Ausgabenposition der Vermögensbewegung bilden die Aufwendungen für die Bauinvestitionen. Mit einem Betrage von 658,5 Mill. DM nehmen die Ausgaben für diese Zwecke im Rechnungsjahr 1957 knapp ein Viertel (23,1 vH) der Gesamtausgaben der kommunalen Gebietskörperschaften ein. Es fällt auf, daß 1957 erstmalig die Aufwendungen für die Bauinvestitionen seit der Geldneuordnung im Jahr 1948 nicht weiter gestiegen, sondern sogar zurückgegangen sind, und zwar um 21,5 Mill. DM. Angesichts der hohen Schuldaufnahmen im Laufe des Rechnungsjahres 1957 – sie betrugen rund 416 Mill. DM, davon allein aus Kreditmarktmitteln 390 Mill. DM – war in diesem Jahr eine wesentlich stärkere unmittelbare Investitionstätigkeit zu erwarten. Daß dies nicht eintraf, ist darauf zurückzuführen, daß ein großer Teil der im Rechnungsjahr 1957 begonnenen Bauvorhaben erst im Rechnungsjahr 1958 weitergeführt und beendet worden ist, während die hierfür notwendigen Mittel – im wesentlichen Schuld aufnehmen – bereits im Rechnungsjahr 1957 vereinnahmt wurden. Dies geht auch aus den Abschlußzahlen der außerordentlichen Rechnung hervor; denn beim Abschluß des Rechnungsjahres 1957 waren insgesamt 58 Mill. DM Mehreinnahmen, also nicht verbrauchte Mittel, vorhanden.

Von den Bauinvestitionen entfallen über drei Viertel auf die Verwaltungszweige „Bau- und Wohnungswesen“ (191,7 Mill. DM), „Öffentliche Einrichtungen“ (190,9 Mill. DM) und „Schulwesen“ (122,9 Mill. DM). Für die Krankenhäuser wurden insgesamt 42 Mill. DM aufgewendet.

Die Tatsache, daß die kommunalen Gebietskörperschaften in Baden-Württemberg seit 1948 insgesamt mehr als 4 Milliarden DM für Bauinvestitionen ausgegeben haben, läßt die Anstrengungen erkennen, die Kriegszerstörungen zu beseitigen und das kommunale Leben den erhöhten Anforderungen möglichst rasch anzupassen. Wenn man bedenkt, daß die Einwohnerzahl des Landes Baden-Württemberg infolge des natürlichen Bevölkerungszuwachses sowie des Einstromens der Vertriebenen und der Sowjetzonenflüchtlinge von der Volkszählung im Jahr 1950 bis zum Ende des Rechnungsjahres 1957 um rund 900 000 Personen gestiegen ist, dann kann man ermessen, mit welcher Dringlichkeit die Anforderungen auf dem Gebiete des Schulwesens, des Straßenbaues, des Krankenhauswesens, des Versorgungs- und Verkehrswesens und der öffentlichen Anstalten und Einrichtungen auf die Gemeinden und Gemeindeverbände zugekommen sind.

Von den Gesamtinvestitionen von 1948 bis 1957 in Höhe von 4,065 Milliarden DM sind verwendet worden für

die öffentlichen Einrichtungen	892 Mill. DM = 21,9 vH
den Straßenbau	805 Mill. DM = 19,8 vH
den Schulbau	796 Mill. DM = 19,5 vH
den Wohnungsbau	377 Mill. DM = 9,2 vH
das Gesundheitswesen (Krankenhäuser)	330 Mill. DM = 8,1 vH

Gewährung von Darlehen

In engem Zusammenhang mit den Bauinvestitionen stehen die für die Gewährung von Darlehen ausgegebenen Beträge. Man könnte sie eigentlich zu den Investitionen hinzurechnen; denn es sind meist weitergegebene Darlehen, die zur Finanzierung von Investitionen bestimmt sind. Im Rechnungsjahr 1957 haben diese Beträge mit 183 Mill. DM den bisher höchsten Stand erreicht. Allein die Stadtkreise gaben hiervon 140,8 Mill. DM (77 vH). In der Hauptsache kommen die Darlehensbeträge den wirtschaftlichen Unternehmen zugute; ihnen sind von den 183 Mill. DM insgesamt 166 Mill. DM (90 vH) gewährt worden, die vor allem den Versorgungs- und Verkehrsbetrieben zum weiteren Ausbau dienten. Für die Förderung des Wohnungsbaues wurden insgesamt 14,8 Mill. DM Darlehen gegeben. Ein großer Teil der Darlehensbeträge stammt aus Schuldauflagen; aber auch aus eigenen Steuermitteln wurden Kredite für diese Hauptverwendungszwecke gewährt.

Die gemeindliche Kreditgewährung hat erst in den letzten Rechnungsjahren an Bedeutung gewonnen, wie aus nachstehender Übersicht zu entnehmen ist (Beträge in Mill. DM):

1951	1952	1953	1954	1955	1956	1957
42,4	66,3	87,5	93,3	158,3	99,4	183,0

Der starke Rückgang im Jahr 1956 ist durch die kreditpolitischen Maßnahmen der Bank deutscher Länder bedingt. In dieser Zeit war den Gemeinden durch die Verknappung auf dem Kapitalmarkt die Darlehensaufnahme sehr erschwert.

Rücklagenzuführung

Im allgemeinen werden Zuführungen an Rücklagen in der Hauptsache für Aufgaben getätigt, für die dauernd ein höherer Investitionsbedarf erforderlich ist, wie für Wohnungs- und Straßenbau, Schulbau, öffentliche Einrichtungen und Krankenhäuser. Im Rechnungsjahr 1957 sind insgesamt 107,3 Mill. DM den Rücklagen zugeführt worden, das sind 14,8 Mill. DM mehr als im vorangegangenen Rechnungsjahr.

In dem Gesamtbetrag von 107,3 Mill. DM sind nur die Rücklagen enthalten, die bei den Kämmererverwaltungen nachgewiesen werden, nicht jedoch die Zuführungen an Rücklagen für den Gesamthaushalt; diese werden wegen ihrer besonderen Rolle in der kommunalen Haushaltswirtschaft finanzstatistisch nicht den Kämmererverwaltungen zugerechnet, sondern als Posten des Gesamtabchlusses angesehen. Diesen Rücklagen, also vor allem der Ausgleichsrücklage und der Betriebsmittellrücklage, wurden insgesamt 24,1 Mill. DM zugeführt gegenüber 19,1 Mill. DM im Rechnungsjahr 1956.

Schuldendienst

Die Währungsumstellung im Jahr 1948 hat die Gemeinden und Gemeindeverbände weitgehend entschuldet. Durch die in den folgenden Jahren ständig zunehmende Verschuldung – sie betrug 1165,2 Mill. DM am 31. März 1956, 1408,9 Mill. DM am 31. März 1957 und 1725,6 Mill. DM am Ende des Berichtsjahres – haben sich die Ausgaben für die Verzinsung und Tilgung von 1953 fast verdreifacht.

Der Schuldendienst muß zum überwiegenden Teil aus den allgemeinen Deckungsmitteln (Steuern, Finanzzuweisungen, Umlagen, Erwerbseinkünfte) aufgebracht werden. Inwieweit

nun die allgemeinen Deckungsmittel durch die jährlichen Zins- und Tilgungsbeträge in den einzelnen Rechnungsjahren in Anspruch genommen wurden, zeigt die nachstehende Übersicht:

Ausgaben für	1953	1954	1955	1956	1957
Schuldendienst (Mill. DM)	45,8	77,4	96,3	107,2	132,6
vH der allgemeinen Deckungsmittel	4,3	6,9	7,3	7,6	8,2

Übrige Ausgaben

Da es nicht möglich ist, jede einzelne Ausgabenart gesondert darzustellen, wird eine Reihe von vermögensunwirksamen Ausgaben in der Finanzstatistik unter dem Sammelposten „Übrige Ausgaben“ zusammengefaßt. Bei dem Gesamtbetrag von 658,7 Mill. DM im Rechnungsjahr 1957 handelt es sich vor allem um die finanziell stark ins Gewicht fallenden Leistungen im Rahmen der Fürsorge- und der Jugendhilfe. Darauf entfallen allein (ohne die Lastenausgleichsleistungen) 271 Mill. DM, das sind 41,1 vH. Im Jahr zuvor betrugen die „Übrigen Ausgaben“ 671,4 Mill. DM, daran waren die Fürsorgeleistungen mit 303 Mill. DM beteiligt. Der Rückgang ist bei den Landkreisen eingetreten, und zwar, wie bereits oben erwähnt, wegen der rückläufigen Zahlungen für Kriegsgefangenenentschädigungen. Dafür sind im Rechnungsjahr 1957 von den Stadt- und Landkreisen zusammen 42,7 Mill. DM geleistet worden gegenüber 88,6 Mill. DM im Rechnungsjahr 1956. Ferner sind in den „Übrigen Ausgaben“ enthalten die gesamten sächlichen Verwaltungskosten, die Betriebskosten der öffentlichen Einrichtungen sowie die Zuweisungen an Nichtgebietskörperschaften, zum Beispiel an Zweckverbände für die mittelbare Erfüllung von gemeindlichen Aufgaben. Besonders hoch sind die übrigen Ausgaben bei den Aufgabengebieten, die hohe Bewirtschaftungskosten erfordern, wie bei den öffentlichen Einrichtungen (96,4 Mill. DM), Krankenhäusern (89,1 Mill. DM) und Schulen (46,4 Mill. DM). Der sächliche Aufwand beim Einzelplan „Allgemeine Verwaltung“ belief sich auf 45,4 Mill. DM.

Eigenausgaben

Um festzustellen, in welchem Umfange die kommunalen Gebietskörperschaften durch die einzelnen Aufgabengebiete tatsächlich belastet sind, werden zunächst einmal von den Bruttoausgaben die Erstattungen zwischen den einzelnen Verwaltungszweigen und die Zuweisungen und Darlehen von Gemeinden (Gv.) abgesetzt; denn diese Beträge stellen noch Doppelzahlungen dar. Sodann werden die verwaltungszweiggebundenen Zuweisungen und Darlehen des Landes und Bundes abgesetzt. Auf diese Weise erhält man die *Eigenausgaben*, also die Ausgaben, für die die Gemeinden (Gv.) die Mittel zur Deckung selbst aufbringen müssen, und zwar durch spezielle und allgemeine Deckungsmittel. Die Eigenausgaben betrugen 2416,9 Mill. DM und haben sich gegenüber dem Rechnungsjahr 1956 um 222,7 Mill. DM (10,1 vH) erhöht. Sie sind – hauptsächlich infolge Rückganges der Zuweisungen vom Bund – stärker gestiegen als die Bruttoausgaben.

Spezielle Deckungsmittel

Die speziellen Deckungsmittel, von denen im ordentlichen Haushalt die Gebühren und im außerordentlichen Haushalt die Schuldauflagen aus Kreditmarktmitteln die bedeutendsten sind, sind zweckgebundene Einnahmen, die unmittelbar bei den verschiedenen Einzelplänen anfallen. Sie betrugen 1066,7 Mill. DM und deckten somit 44,1 vH der Eigenausgaben. Gegenüber 1956 sind sie um 156,8 Mill. DM (17,2 vH) gestiegen, was auf die verstärkte Schuldauflage im Rechnungsjahr 1957 zurückzuführen ist.

Die Gebühreneinnahmen fallen in der Hauptsache an beim Verwaltungszweig „Gesundheitswesen“, besonders bei den Krankenhäusern, sowie beim Einzelplan 7, dem sogenannten „Gebührenhaushalt“. Drei Viertel sämtlicher Gebührenein-

Tabelle 1

Die Ausgaben und Einnahmen der Gemeinden und Gemeindeverbände in den Rechnungsjahren 1956 und 1957

— 1000 DM —

Ausgaben / Einnahmen	Rechnungsjahr 1956					Rechnungsjahr 1957				
	Gemeinden und Gemeindeverbände insgesamt ¹⁾	Stadt-kreise	kreisangeh. Gemeinden		Land-kreise	Gemeinden und Gemeindeverbände insgesamt ¹⁾	Stadt-kreise	kreisangeh. Gemeinden		Land-kreise
			mit 10000 und mehr Einwohn.	mit weniger als 10000 Einwohn.				mit 10000 und mehr Einwohn.	mit weniger als 10000 Einwohn.	
Persönliche Ausgaben	574 500	244 355	105 546	130 753	88 759	635 956	266 796	116 606	145 289	101 628
Unterhaltung und Instandsetzung von unbeweglichem Vermögen	92 376	23 175	16 809	37 063	15 099	111 338	25 556	17 853	50 907	16 716
Zinsen, Tilgung	107 225	44 690	22 120	30 577	9 798	132 556	53 699	27 891	39 145	11 764
Gewährung von Darlehen	99 398	65 628	23 843	8 154	1 577	182 966	140 786	30 860	9 166	1 970
Zuführung an Rücklagen und an Kapitalvermögen, Erwerb von Grundvermögen	164 598	50 447	46 716	52 892	11 113	183 473	48 520	57 912	55 220	15 540
Neu- u. Wiederaufbau, Erweiterungs- und Umbauten, große Instandsetzungen	680 049	170 375	145 223	293 817	68 855	658 545	155 504	138 391	300 340	62 582
Neuanschaffung v. bewegl. Vermögen	56 886	16 642	13 409	19 953	6 848	59 174	19 622	11 333	20 965	7 215
Übrige Ausgaben	671 378	207 213	94 472	134 901	216 215	658 684	215 196	99 684	136 364	186 637
Zuweisungen an das Land (Bund) ...	170 420	53 620	46 775	59 918	9 782	167 928	54 258	47 168	55 664	10 438
Zuweisungen an Gemeinden (Gv.) ...	51 685	1 103	1 387	8 282	14 135	56 917	1 094	2 367	8 897	13 766
Bruttoausgaben	2 668 517	877 249	516 302	776 312	442 182	2 847 537	981 031	550 067	821 958	428 255
je Einwohner DM ...	374,10	534,05	355,49	192,24	80,53	393,28	586,75	371,09	201,15	76,91
Erstattungen	38 179	28 304	5 097	1 217	3 567	35 846	28 230	5 762	1 200	653
Zuweisungen und Darlehen von Gemeinden (Gv.)	62 177	11 031	11 167	9 090	17 692	67 057	10 189	11 958	10 431	19 156
Bereinigte Ausgaben	2 568 159	837 914	500 038	766 005	420 923	2 744 634	942 612	532 345	810 326	408 447
Zuweisungen und Darlehen vom Land (Bund)	373 914	97 466	40 756	67 720	152 055	327 728	87 447	38 878	71 970	113 086
Eigenausgaben	2 194 245	740 448	459 282	698 285	268 868	2 416 906	855 165	493 467	738 356	295 361
je Einwohner DM ...	307,61	450,77	316,23	172,92	48,97	333,80	511,47	332,91	180,69	53,04
Spezielle Deckungsmittel										
Gebühren, Entgelte, Strafen	329 387	142 371	67 560	56 773	57 922	367 135	158 453	75 135	65 464	64 958
Schuldaufnahmen aus Kreditmarktmitteln	276 842	103 367	77 469	75 685	14 257	389 834	203 980	77 239	85 248	20 366
Übrige ²⁾	341 832	105 754	69 502	102 985	49 737	345 537	114 342	65 946	101 347	51 984
Erstattungen	38 179	28 304	5 097	1 217	3 567	35 846	28 230	5 762	1 200	653
Zusammen	909 882	323 188	209 434	234 226	118 349	1 066 660	448 545	212 558	250 859	136 655
Gesamtzuschußbedarf	1 284 363	417 260	249 848	464 059	150 519	1 350 246	406 620	280 909	487 497	158 706
darunter										
Zuschußbedarf der ordtl. Rechnung	1 306 752	428 712	255 560	460 813	149 727	1 408 469	446 060	288 936	492 835	164 573
je Einwohner DM ...	138,19	260,99	175,96	114,11	27,27	194,52	266,79	194,91	120,61	29,55
Mehreinnahmen der ao. Rechnung ..	22 388	11 452	5 713	—	—	58 222	39 440	8 026	5 336	5 868
Mehrausgaben der ao. Rechnung	—	—	—	3 246	791	—	—	—	—	—
Allgemeine Deckungsmittel										
Steuern	911 827	346 088	238 883	312 879	13 976	1 015 825	371 044	278 304	351 080	15 397
Steuerähnliche Einnahmen	8 687	609	1 106	6 970	1	8 366	469	973	6 917	7
Allgemeine Finanzzuweisungen ...	283 556	61 262	40 139	130 398	51 757	310 006	64 254	40 165	146 829	58 758
Umlage-Einnahmen	121 097	209	51	12	102 895	134 027	17	99	39	115 240
Umlage-Ausgaben	128 688	8 898	36 743	66 410	16 572	145 529	10 080	42 478	73 985	18 956
Erwerbsvermögen	123 806	36 092	14 785	72 278	631	133 233	42 464	17 350	72 625	780
Zusammen	1 320 285	435 362	258 221	456 127	152 688	1 455 928	468 168	294 413	503 505	171 226
Mehreinnahmen	35 922	18 102	8 373	—	2 169	105 682	61 548	13 504	16 008	12 520
Mehrausgaben	—	—	—	7 932	—	—	—	—	—	—
Rücklagen für den Gesamthaushalt										
Entnahmen	10 032	5 261	1 730	2 005	735	10 788	6 371	1 459	2 154	328
Zuführungen	19 135	6 310	3 017	4 564	1 546	24 139	12 847	4 052	4 492	2 638
Abschluß d. ordentl. u. ao. Rechnung										
Mehreinnahmen	26 819	17 053	7 086	—	1 358	92 330	55 072	10 911	13 670	10 210
Mehrausgaben	—	—	—	10 491	—	—	—	—	—	—
Abschluß der ordentl. Rechnung										
Mehreinnahmen	4 431	5 601	1 373	—	567	34 108	15 632	2 885	8 334	4 342
Mehrausgaben	—	—	—	7 245	—	—	—	—	—	—
Abschluß der außerordtl. Rechnung										
Mehreinnahmen	22 388	11 452	5 713	—	—	58 222	39 440	8 026	5 336	5 868
Mehrausgaben	—	—	—	3 246	791	—	—	—	—	—

¹⁾ Einschließlich der Bezirksverbände. — ²⁾ Rückflüsse von Darlehen, Entnahmen aus Rücklagen und aus Kapitalvermögen, Erlöse aus Veräußerung von Grund- und sonstigem Sachvermögen, übrige Einnahmen. — Abweichung in der Summenbildung durch Runden der Zahlen.

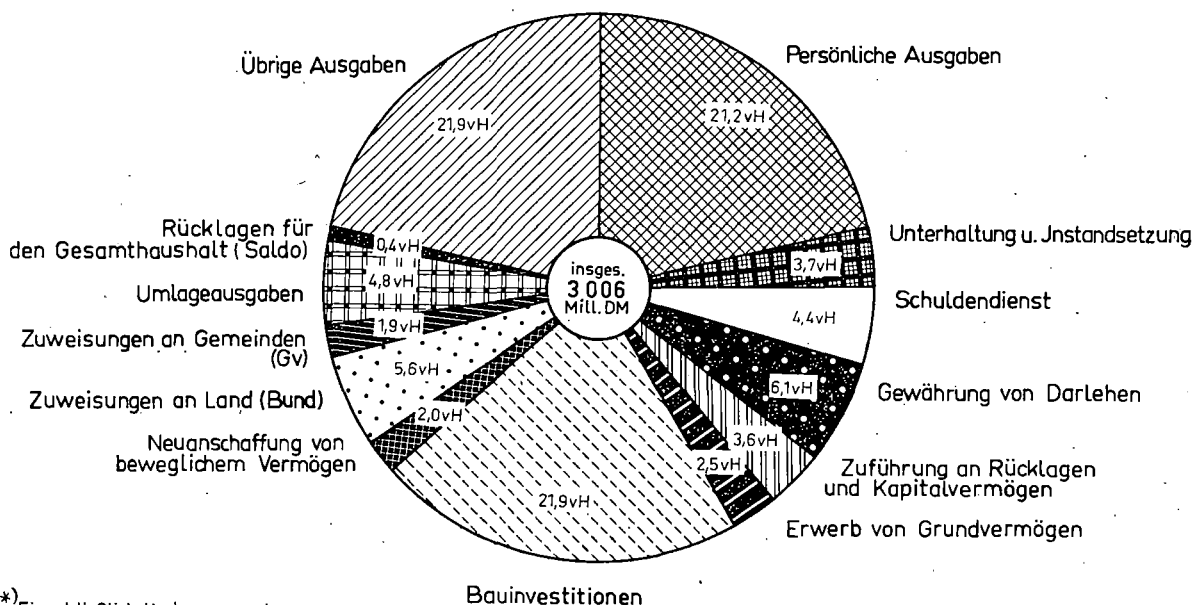
nahmen kommen im Rechnungsjahr 1957 auf diese beiden Einzelpläne. Die Erstattungen der Verpflegungskosten an die Krankenhäuser (140,1 Mill. DM) sowie die Einnahmen aus der Benutzung der öffentlichen Anstalten und Einrichtungen (130 Mill. DM), sind hier die größten Posten.

Die Schuldaufnahmen auf dem Kapitalmarkt, die wichtigsten speziellen Deckungsmittel des außerordentlichen Haushalts, beliefen sich auf 389,8 Mill. DM. Mit diesem Betrag haben die kommunalen Gebietskörperschaften die höchste jährliche Darlehensaufnahme seit der Geldneuordnung zu ver-

Gesamtausgaben und -einnahmen der Gemeinden und Gemeindeverbände in

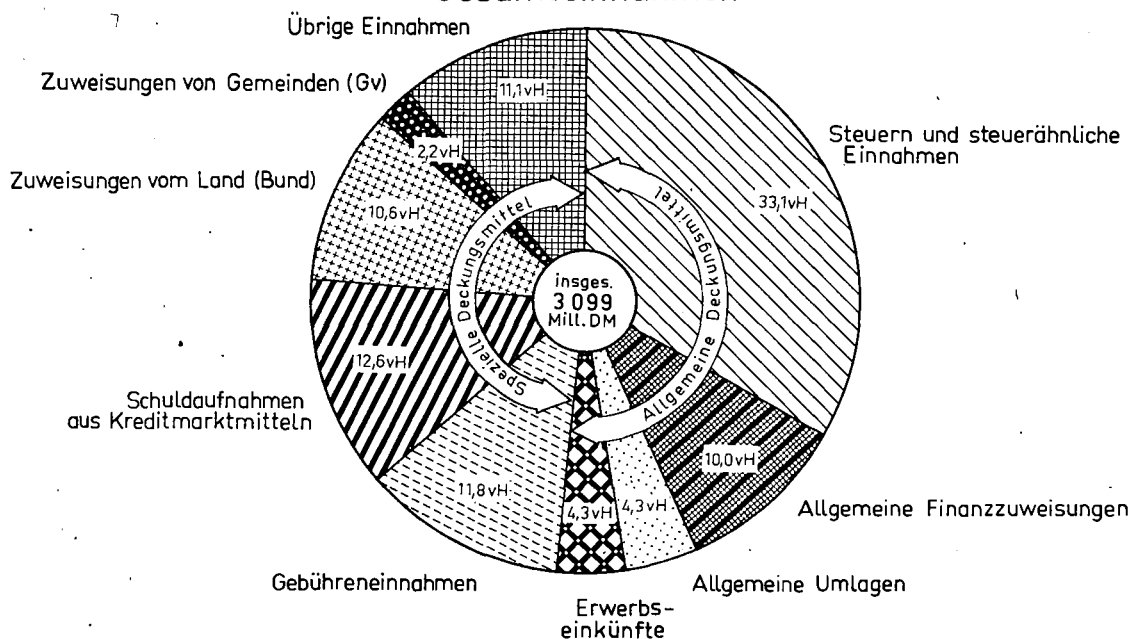
Baden-Württemberg im Rechnungsjahr 1957

Gesamtausgaben *)



*) Einschließlich Umlageausgaben

Gesamteinnahmen



zeichnen. Sie übertrifft den Vorjahrsbetrag um 113 Mill. DM und hat sich gegenüber dem Rechnungsjahr 1953 mehr als verdoppelt. Folgende Übersicht zeigt die Schuldaufnahme auf dem Kapitalmarkt (in Mill. DM) in den Rechnungsjahren 1953 bis 1957:

1953	1954	1955	1956	1957
174,8	257,6	373,3	276,8	389,8

Dies beweist, daß der Investitionsbedarf der kommunalen Gebietskörperschaften nach wie vor sehr groß ist, und daß diese nach der Überwindung des Engpasses auf dem Kapitalmarkt im Jahr 1956 nunmehr zur Erfüllung ihrer öffentlichen Aufgaben wieder in stärkerem Maße den Weg über den Kreditmarkt nehmen mußten. Bemerkenswert dabei ist, daß die Gemeinden (Gv.) diese hohen Schulden aufzunehmen gezwungen waren, obwohl im Rechnungsjahr 1957 die Steuerzuwachsrate die des Vorjahres (94·Mill. DM) noch um rund 10 Mill. DM übertraf. Hieraus kann man deutlich erkennen, mit welcher Dringlichkeit die noch zu erfüllenden öffentlichen Aufgaben auf die Gemeinden und Gemeindeverbände zukommen.

Weitere spezielle Deckungsmittel sind die Einnahmen aus Mieten, Pachten, Zinsen, Entnahmen aus Rücklagen, Rückflüsse von Darlehen usw.

Zuschußbedarf

Der Zuschußbedarf der ordentlichen Rechnung ist der Teil der Eigenausgaben, der nach Abzug der speziellen Deckungsmittel übrig bleibt und durch die allgemeinen Deckungsmittel gedeckt werden muß. Er belief sich auf 1408,5 Mill. DM und ist gegenüber dem Rechnungsjahr 1956 um 101,7 Mill. DM (8 vH) gestiegen.

Zu den allgemeinen Deckungsmitteln gehören Steuern, allgemeine Finanzzuweisungen, Umlagen und Erträge aus dem Erwerbsvermögen. Haupteinnahmequelle sind die Steuern. Sie betrugen im Rechnungsjahr 1957 insgesamt 1024,2 Mill. DM¹ und haben sich gegenüber dem Vorjahr um 103,7 Mill. DM = 11,3 vH erhöht. Hier ist es vor allem die Gewerbesteuer, deren Einnahmen von Jahr zu Jahr ständig zugenommen haben, wie aus nachstehender Übersicht zu erkennen ist (Beträge in Mill. DM):

1950	1951	1952	1953	1954	1955	1956	1957
171,9	298,7	402,0	455,0	520,9	573,7	660,6	755,6

Durch die Einnahmen aus der Gewerbesteuer, die im Rechnungsjahr 1957 rund drei Viertel aller kommunalen Steuererträge ausmachten, wird der Zuschußbedarf zu 54 vH gedeckt.

Die übrigen Realsteuern (Grundsteuer A und B) haben sich wegen der weitgehenden Erstarrung der Werte, die der Steuerberechnung zugrunde liegen, gegenüber dem Vorjahr nur geringfügig erhöht. Die Einnahmen aus dieser Steuerquelle betrugen 198 Mill. DM (im Vorjahr 190,1 Mill. DM), wovon auf die Grundsteuer A 66,1 Mill. DM und auf die Grundsteuer B 131,9 Mill. DM entfallen.

Welche Entwicklung die Grundsteuern einerseits und die Gewerbesteuern andererseits in Baden-Württemberg seit 1950 genommen haben und welche überragende Bedeutung die Gewerbesteuer im Rahmen der Realsteuern für die Gemeindefinanzen hat, zeigt folgende Übersicht:

Steuerart	Aufkommen in den Rechnungsjahren			Anteil an der jeweiligen Gesamtsumme			Zunahme 1957 gegenüber 1950 in vH
	1937	1950	1957	1937	1950	1957	
	in Mill. DM			in vH			
Grundsteuer A	31,8	55,0	66,1	14,1	16,6	6,9	20,2
Grundsteuer B	69,8	104,2	131,9	30,8	31,5	13,8	26,6
Gewerbesteuer	124,5	171,9	755,6	55,1	51,9	79,3	339,5
Zusammen ...	226,1	331,1	953,6	100	100	100	188,0

¹ Einschließlich steuerähnlicher Einnahmen.

Während im Rechnungsjahr 1950 – ähnlich wie vor dem Kriege – das Aufkommen der beiden Grundsteuern zusammen noch fast an das Gewerbesteueraufkommen heranreichte, hat sich das Verhältnis dieser beiden Steuerarten in den folgenden Jahren erheblich verschoben. Der wachsende Anteil der Gewerbesteuer hat bis 1957 die Einnahmen aus den Grundsteuern auf ein Fünftel des Realsteueraufkommens zurückgedrängt. Aus der Zunahme 1957 gegenüber 1950 erkennt man, daß die Gewerbesteuer die einzige gemeindliche Realsteuer ist, die der Wirtschaftsentwicklung laufend gefolgt ist. Dieses schwache Wachstum des Aufkommens aus den Grundsteuern erklärt sich teils dadurch, daß sie immer noch auf der Basis der Einheitswerte des Jahres 1935 erhoben werden, teils aus den großzügigen Steuerbefreiungen bzw. -vergünstigungen des sozialen Wohnungsbaues auf Grund des ersten und zweiten Wohnungsbaugesetzes. Die erheblichen Grundsteuerausfälle, die die Gemeinden hierdurch hinnehmen mußten, stellen einen nicht unwesentlichen mittelbaren finanziellen Beitrag der Gemeinden zum sozialen Wohnungsbau dar. Nach den neuesten Berechnungen betrugen diese Grundsteuerausfälle in Baden-Württemberg im Rechnungsjahr 1957 rund 25 Mill. DM. Insgesamt waren es seit 1951 bis zum Ende des Rechnungsjahres 1957 90,7 Mill. DM. Von 1960 an werden die Steuervergünstigungen für die Wohnungsbauten, die 1950/51 erstellt wurden, wegfallen und den Gemeinden wieder als Grundsteuereinnahmen zufließen.

Die übrigen Gemeindesteuern, wie Vergnügungsteuer, Hundesteuer, Gemeindegetränkesteuer usw. sind finanziell von untergeordneter Bedeutung.

Finanzzuweisungen

An allgemeinen Finanzzuweisungen sind den Gemeinden und Gemeindeverbänden insgesamt 310 Mill. DM zugeflossen gegenüber 283 Mill. DM im Vorjahr. Grundlage für diese Ausschüttungen ist das Gesetz zur Regelung des Finanz- und Lastenausgleichs zwischen Staat und Gemeinden (Gv.) vom 26. Juli 1954 (Ges.BI. S. 103). In dem Betrag von 310 Mill. DM sind insbesondere enthalten die Schlüsselzuweisungen in Höhe von 211 Mill. DM, die zweckbestimmten Zuweisungen nach § 8 FAG in Höhe von 25 Mill. DM, die Zuschüsse aus dem Ausgleichsstock (41 Mill. DM), dem kommunalen Notstock (24,4 Mill. DM) und dem Härteausgleichsfond (6,4 Mill. DM). Die letztgenannten Zuschüsse sind mit Ende des Rechnungsjahres 1957 ausgelaufen. Die Finanzzuweisungen, vor allem die Schlüsselzuweisungen, sollen die unterschiedliche Steuerkraft der einzelnen Gemeinden ausgleichen und die kommunalen Gebietskörperschaften in die Lage versetzen, die ihnen obliegenden kommunalen Aufgaben, die sie aus eigenen Mitteln nicht finanzieren können, zu erfüllen.

Umlagen

Die Gemeinden haben aus ihrem Steueraufkommen nicht nur ihren eigenen Finanzbedarf zu decken, sondern auch den nicht gedeckten Bedarf der Landkreise. Diese legen ihren Bedarf in Form der Kreisumlage auf ihre kreisangehörigen Gemeinden um. Aus dieser Umlagepflicht erhielten die Landkreise insgesamt 115,2 Mill. DM gegenüber 102,9 Mill. DM im Rechnungsjahr 1956. Die Umlage des Württembergischen Landesfürsorgeverbandes auf die nord- und südwürttembergischen Stadt- und Landkreise betrug 18,6 Mill. DM, im Vorjahr 17,9 Mill. DM. Die kommunalen Gebietskörperschaften haben somit aus Umlagen rund 134 Mill. DM eingenommen gegenüber 121 Mill. DM im Vorjahr. Die nord- und südbadischen Stadt- und Landkreise haben die Umlage zu den Kosten der staatlichen Landesfürsorgeverbände an das Land zu entrichten.

Erwerbsvermögen

Zu den allgemeinen Deckungsmitteln, die der Finanzierung des Zuschußbedarfes der ordentlichen Rechnung dienen, gehören schließlich noch die Einkünfte aus dem Erwerbsvermögen. Darunter fallen die Überschüsse der wirtschaftlichen

Bereinigte Ausgaben der Kämmereiverwaltungen der Gemeinden und Gemeindeverbände in den Rechnungsjahren 1956 und 1957
Tabelle 2
— 1000 DM —

Verwaltungszweige	Rechnungsjahr 1956						Rechnungsjahr 1957					
	Gemeinden und Gemeindeverbände		davon entfallen auf				Gemeinden und Gemeindeverbände		davon entfallen auf			
			Stadt- kreise	kreisangehörige Gemeinden mit		Land- kreise			Stadt- kreise	kreisangehörige Gemeinden mit		Land- kreise
	ins- gesamt ¹⁾	vH		mehr als 10 000 Einwohn.	weniger als 10 000 Einwohn.		ins- gesamt ¹⁾	vH		mehr als 10 000 Einwohn.	weniger als 10 000 Einwohn.	
Allgemeine Verwaltung	199 711	7,78	46 352	28 877	96 067	28 273	214 113	7,80	47 704	32 284	103 612	30 372
Öffentliche Sicherheit und Ordnung	70 710	2,75	52 178	10 546	6 000	1 986	77 110	2,81	57 896	10 969	6 651	1 594
Schulen	420 711	16,38	112 234	109 212	160 588	38 676	433 499	15,80	115 738	117 463	160 140	40 158
Kultur	56 032	2,18	38 000	8 126	9 001	888	52 748	1,92	33 566	8 520	9 675	974
Fürsorge und Jugendhilfe ..	398 189	15,51	110 542	37 336	19 103	190 423	376 603	13,72	112 090	35 455	21 103	160 587
Gesundheits- u. Jugendpflege	284 277	11,07	102 133	47 010	40 665	94 470	311 599	11,35	111 953	51 144	45 530	102 972
Bau- und Wohnungswesen ..	456 688	17,78	148 942	105 536	142 711	57 229	473 575	17,26	155 214	110 426	148 148	56 990
Öffentliche Einrichtungen und Wirtschaftsförderung	455 031	17,72	161 516	95 812	191 698	5 985	486 860	17,74	168 087	99 718	211 830	7 205
Finanz- u. Steuerverwaltung ²⁾	55 856	2,17	15 280	13 694	21 759	5 116	62 117	2,26	17 052	14 940	24 482	5 628
Kämmereiverwaltungen zus. Den Kämmereiverwaltungen hinzugerechnete Finanzvor- fälle des Erwerbsvermögens abzüglich Erstattungen	2 397 205	93,34	787 177	456 149	687 592	423 046	2 488 224	90,66	819 300	480 919	731 171	406 480
	209 132	8,14	79 041	48 985	79 630	1 444	292 256	10,65	151 542	57 190	80 355	2 618
	38 179	— 1,48	28 304	5 097	1 217	3 567	35 846	— 1,31	28 230	5 762	1 200	653
Gesamtsumme	2 568 159	100	837 914	500 038	766 005	420 923	2 744 634	100	942 612	532 345	810 326	408 447
vH	100		32,63	19,47	29,83	16,39	100		34,34	19,40	29,52	14,88

¹⁾ Einschließlich der Bezirksverbände. — ²⁾ Einschließlich des nicht aufteilbaren Schuldendienstes.

Unternehmen² und die Erträge aus dem allgemeinen Kapital- und Grundvermögen. Es werden hier jedoch nur die Nettoeinnahmen aus dem laufenden Betrieb berücksichtigt, nicht die außerordentlichen Einnahmen; diese gelten als zweckgebunden und zählen daher zu den speziellen Deckungsmitteln der Kämmereiverwaltungen. Hinsichtlich ihres finanziellen Ertrages kommt den wirtschaftlichen Unternehmen die größte Bedeutung innerhalb der Erwerbseinkünfte zu. Aus ihnen flossen insgesamt 117,6 Mill. DM (im Vorjahr 108,1 Mill. DM) den Gemeinden als Überschüsse zu. Zusammen mit dem Ertrag des

allgemeinen Kapital- und Grundvermögens in Höhe von 15,6 Mill. DM (Vorjahr 15,7 Mill. DM) decken die Erwerbseinkünfte im Berichtsjahr 9,4 vH des Zuschußbedarfs.

Gesamtabschluß

Die Gegenüberstellung der Bruttoausgaben und der Gesamteinnahmen (spezielle und allgemeine Deckungsmittel) ergab für das Rechnungsjahr 1957 — ohne Abwicklung der Vorjahre — einschließlich des Saldos der Rücklagen für den Gesamthaushalt (Zuführungen abzüglich Entnahmen) Mehreinnahmen in Höhe von 92,3 Mill. DM, wovon 34,1 Mill. DM auf Überschüsse der ordentlichen Rechnung und 58,2 Mill. DM auf nicht verbrauchte Einnahmen der außerordentlichen Rechnung entfielen.

² Wegen der Vergleichbarkeit mit dem Vorjahr wurden hier die Überschüsse aus den wirtschaftlichen Unternehmen noch nach der für 1956 geltenden finanzstatistischen Methode errechnet.

Vermögensunwirksame und vermögenswirksame Ausgaben¹⁾ der Kämmereiverwaltungen der Gemeinden und Gemeindeverbände in den Rechnungsjahren 1956 und 1957

Tabelle 3

— 1000 DM —

Ausgaben	Rechnungsjahr 1956					Rechnungsjahr 1957				
	Gemeinden und Gemeinde- verbände insgesamt ²⁾	Stadt- kreise	kreisangeh. Gemeinden		Land- kreise	Gemeinden und Gemeinde- verbände insgesamt ²⁾	Stadt- kreise	kreisangeh. Gemeinden		Land- kreise
			mit 10 000 und mehr Einwohn.	mit weniger als 10 000 Einwohn.				mit 10 000 und mehr Einwohn.	mit weniger als 10 000 Einwohn.	
A. Vermögensunwirksame Ausgaben										
Persönliche Ausgaben	574 500	244 355	105 546	130 753	88 759	635 956	266 796	116 606	145 289	101 628
Unterhaltung und Instandsetzung	92 376	23 175	16 809	37 063	15 099	111 338	25 556	17 853	50 907	16 716
Zinsen	46 486	20 313	9 737	11 874	4 552	56 568	23 492	12 400	15 147	5 473
Zuweisungen an Land (Bund)	170 420	53 620	46 775	59 918	9 782	167 928	54 258	47 168	55 664	10 438
Übrige vermögensunwirksame Ausgaben	622 707	168 982	79 597	132 878	209 092	612 698	177 871	84 331	133 630	180 594
Zusammen	1 506 489	510 445	258 464	372 486	327 284	1 584 488	547 973	278 358	400 637	314 849
vH der Summe A und B	58,66	60,92	51,69	48,63	77,75	57,73	58,13	52,29	49,44	77,08
B. Vermögenswirksame Ausgaben										
Bauinvestitionen	680 049	170 375	145 223	293 817	68 855	658 545	155 504	138 391	300 340	62 582
Anschaffung von beweglichem Ver- mögen	56 886	16 642	13 409	19 953	6 848	59 174	19 622	11 333	20 965	7 215
Tilgung	60 739	24 377	12 383	18 703	5 246	75 988	30 207	15 491	23 998	6 291
Gewährung von Darlehen	99 398	65 628	23 843	8 154	1 577	182 966	140 786	30 860	9 166	1 970
Erwerb von Grundvermögen und Zuführung an Rücklagen	164 598	50 447	46 716	52 892	11 113	183 473	48 520	57 912	55 220	15 540
Zusammen	1 061 670	327 469	241 574	393 519	93 639	1 160 146	394 639	253 987	409 689	93 598
vH der Summe A und B	41,34	39,08	48,31	51,37	22,25	42,27	41,87	47,71	50,56	22,92
Summe A und B	2 568 159	837 914	500 038	766 005	420 923	2 744 634	942 612	532 345	810 326	408 447

¹⁾ Bereinigte Ausgaben. — ²⁾ Einschließlich der Bezirksverbände.

Wie sich die „Bereinigten Ausgaben“ in Höhe von 2744,6 Mill. DM auf die einzelnen Verwaltungszweige aufteilen, zeigt Tabelle 2.

Vermögenswirksame und vermögensunwirksame Ausgaben

Von den der Gemeinde zur Verfügung stehenden Gesamteinnahmen sind zunächst die sogenannten „vermögensunwirksamen“ Ausgaben zu decken; das sind alle fortdauernden und einmaligen Haushaltsausgaben der Kämmererverwaltungen, die zur Aufrechterhaltung der Verwaltung, zur Erfüllung der allgemeinen öffentlichen Aufgaben (Zweckaufwand) und vor allem zur Deckung der Soziallasten zu leisten sind. Erst nach Deckung dieser vermögensunwirksamen Ausgaben ergibt sich der Umfang für die vermögenswirksamen Ausgaben. Man kann deshalb die finanzwirtschaftliche Lage einer Gemeinde am besten daran erkennen, inwieweit sie mit den ihr zur Verfügung stehenden Gesamteinnahmen vermögenswirksame Ausgaben tätigen kann, wie groß also ihr freier finanzieller Spielraum für Investitionsaufgaben ist.

Für die Gesamtheit der kommunalen Gebietskörperschaften ergibt sich dementsprechend folgendes Bild (vgl. Tabelle 3):

Von den gesamten Ausgaben der Gemeinden und Gemeindeverbände in Baden-Württemberg in Höhe von 2744,6 Mill. DM entfielen insgesamt 1584,5 Mill. DM, das sind 57,7 vH (im Vorjahr 58,7 vH) auf vermögensunwirksame Ausgaben und 1160,1 Mill. DM oder 42,3 vH (im Vorjahr 41,3 vH) auf die vermögenswirksamen Ausgaben. Diese sind also im Rechnungsjahr 1957 absolut und relativ (um 98,5 Mill. DM = 9,2 vH) stärker gestiegen als die vermögensunwirksamen Ausgaben (um 78 Mill. DM = 5,2 vH). Diese stärkere Ausdehnung der vermögenswirksamen Ausgaben ist nicht etwa die Folge einer intensiveren unmittelbaren Investitionstätigkeit; sie rührt vielmehr davon her, daß die Gemeinden (Gv.) infolge ihrer höheren Einnahmen (Steuern, Finanzaufweisungen, Schuldaufnahmen) in stärkerem Maße Darlehen, insbesondere an wirtschaftliche Unternehmen, gewährt haben, die aber letzten Endes auch wieder für Investitionen bestimmt sind.

Zusammenfassend kann gesagt werden, daß die Entwicklung der kommunalen Finanzen in Baden-Württemberg im Rechnungsjahr 1957 einmal durch einen geringeren Zuwachs des Ausgabevolumens, zum anderen aber durch ein hohes Steueraufkommen und eine starke Schuldenausweitung gekennzeichnet ist.

Werner Krause

Die Sterbefälle in den Jahren 1952 bis 1957 nach Todesursachen, Alter und Geschlecht

(Mit vorläufigen Ergebnissen für das Jahr 1958)

In Baden-Württemberg starben in der Zeit von 1952 bis 1958 jährlich 70 000 bis 80 000 Menschen. Im Jahr 1958 betrug die Zahl der Sterbefälle 74 826; sie war um rund 4600 niedriger als im Jahr 1957. Die auf 10 000 der jeweiligen mittleren Bevölkerung berechnete Gesamtsterbeziffer der Jahre 1952 bis 1958 schwankte zwischen 101,1 und 111,7. Die höchsten Sterbequoten waren in den Jahren 1953 (111,7) und 1957 (109,7), die niedrigsten dagegen in den jeweils darauffolgenden Jahren 1954 (101,1) und 1958 (101,6) zu verzeichnen.

Die jährlichen Unterschiede in der Höhe der Gesamtsterbeziffer sind weitgehend auf das unregelmäßige Auftreten von

Grippeerkrankungen zurückzuführen. Im Bundesgebiet ist seit 1949 im zweijährigen Turnus eine Grippewelle aufgetreten, die sich in unserem Land allerdings nur in den Jahren 1953 und 1957 stärker ausgewirkt hat. Dabei sind es in den sogenannten „Grippejahren“ neben den unmittelbar durch Grippe verursachten Sterbefällen auch die durch Komplikationen und die durch besonders bei älteren Personen auftretenden Folgeerscheinungen der Grippe bedingten Todesfälle, die die allgemeine Sterblichkeit erhöhen. Die damit verbundene Vorwegnahme von Sterbefällen macht auch den in den unmittelbar folgenden Jahren zu beobachtenden starken Rückgang der Sterbeziffer erklärlich.

Tabelle 1

Die Sterbefälle 1952 bis 1958 nach häufigsten Todesursachen

Todesursache (Nummer des Deutschen Todesursachen- verzeichnisses von 1950)	Sterbefälle in den Jahren													
	1952	1953	1954	1955	1956	1957	1958 ¹⁾	1952	1953	1954	1955	1956	1957	1958 ²⁾
	Anzahl							Auf 10 000 der mittleren Bevölkerung						
Natürliche Todesursachen insgesamt	64 777	70 652	65 032	68 250	70 260	73 860	69 574	97,5	104,3	93,8	96,4	99,1	102,1	94,4
davon														
Herz-, Gefäß- und Kreislauferkrankungen (371/2, 401-498)	25 850	27 745	27 630	28 882	29 933	31 249	30 038	38,9	41,0	39,8	40,8	42,2	43,2	40,8
darunter														
Herzkrankheiten (421-459)	13 022	13 762	13 736	13 594	13 564	14 502	13 581	19,6	20,3	19,8	19,2	19,1	20,0	18,4
Gefäßstörungen des Zentralnervensystems (371/2)	9 230	10 308	10 458	11 461	12 288	12 626	12 252	13,9	15,2	15,1	16,2	17,3	17,4	16,6
Krebs und andere bösartige Neubildungen (201-249)	11 749	11 777	12 073	12 215	12 820	13 285	13 196	17,7	17,4	17,4	17,3	18,1	18,4	17,9
Krankheiten der Verdauungsorgane (601-691)	3 665	3 719	3 789	3 829	4 116	4 538	4 238	5,5	5,5	5,5	5,4	5,8	6,3	5,8
Krankheiten der Atmungsorgane (501-579)	4 232	8 836	4 246	4 763	4 608	6 156	4 199	6,4	13,0	6,1	6,7	6,5	8,5	5,7
Altersschwäche (891)	5 296	5 538	5 052	5 061	4 803	4 573	3 632	8,0	8,2	7,3	7,2	6,8	6,3	4,9
Tuberkulose insgesamt (000-039)	1 582	1 275	1 185	1 273	1 200	1 238	1 130	2,4	1,9	1,7	1,8	1,7	1,7	1,5
Alle übrigen Todesursachen (Rest von 000-899)	12 403	11 762	11 057	12 227	12 780	12 821	13 141	18,7	17,4	15,9	17,3	18,0	17,7	17,8
Unnatürliche Todesursachen insgesamt (901-999)	4 555	4 979	5 076	5 393	5 524	5 557	5 252	6,9	7,4	7,3	7,6	7,8	7,7	7,1
darunter														
Kraftfahrzeugunfälle (901)	1 304	1 616	1 509	1 761	1 803	1 744	1 599	2,0	2,4	2,2	2,5	2,5	2,4	2,2
Selbstmord (970-979)	1 141	1 241	1 305	1 387	1 385	1 411	1 394	1,7	1,8	1,9	2,0	2,0	1,9	1,9
Sterbefälle insgesamt (000-999)	69 332	75 631	70 108	73 643	75 784	79 417	74 826	104,4	111,7	101,1	104,0	106,9	109,7	101,6
männlich	35 039	38 269	35 644	37 442	38 641	40 528	37 892	113,3	121,1	109,9	112,8	116,4	119,5	109,5
weiblich	34 293	37 362	34 464	36 201	37 143	38 889	36 934	96,6	103,4	93,4	96,3	98,4	101,2	94,5

¹⁾ Unfälle einschließlich Vergiftungen, Selbstmord und sonstige Gewalteinwirkungen. — ²⁾ Vorläufiges Ergebnis.